

Nicht alle Wege führen in die Zukunft

Autor(en): **Kopp, Elisabeth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **31 (1975)**

Heft 12

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ten der Frauen wird die Integration und tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann ums Jahr zweitausend noch nicht erreicht sein.

Die Frauenliste hatte noch eine weit wichtigere Bedeutung; sie hat den Frauen gezeigt, dass sie politisch selber etwas unternehmen können, wenn sie nur wollen. Und das ist nicht wenig.

Lydia Benz-Burger

Nicht alle Wege führen in die Zukunft

Von Elisabeth Kopp, Erziehungsrätin

(ZFP) Im Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz steht geschrieben, der innenpolitische Zustand des Staates sei «ein entscheidender Faktor seiner Strategie. Wenn der Wille, sich zu behaupten fehlt, und der nationale Zusammenhalt brüchig wird, werden strategische Konzeptionen gegenstandslos.»

Wie intakt ist dieser innenpolitische Zustand in unserem Land, inwieweit besteht noch ein «nationaler Zusammenhalt»?

Neben sehr viel Positivem, das gewisse Kritiker geflissentlich zu übersehen pflegen, gibt es verschiedene Symptome, die uns aufhorchen lassen müssen. Eine immer geringer werdende Identifikation mit unserem Staatswesen ist unverkennbar. Ausdruck einer gewissen Staatsverdrossenheit sind nicht nur eine oft beschämend schlechte Stimmbeteiligung und ein nicht mehr übersehbarer Nein-Trend, sondern auch die mangelnde Bereitschaft zu politischer Mitarbeit und Mitverantwortung sowie das schwindende Vertrauen in

unsere (immerhin von uns gewählten) Behörden. In einem scheinbaren Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass diesem Staat, dem man nicht mehr ohne weiteres Gefolgschaft zu gewähren bereit ist, immer neue Aufgaben aufgebürdet werden — Aufgaben, die ihn oft an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit treiben, womit der Keim zu neuer Kritik gelegt ist.

Noch bedenklicher als diese Entwicklung mutet die zunehmende Desintegration eines Teils unserer Jugend — und bei weitem nicht des schlechtesten Teils — aus unserer Gesellschaft an. Die seelische Krise, in der ein Teil unserer Jugendlichen steckt, manifestiert sich vor allem in zunehmendem Drogenkonsum, in einer freilich oft den «Erwachsenen» abgeguckten Naivität und Anfälligkeit gegenüber extremen Ideologien, in steigender Kriminalität und zunehmenden psychischen Erkrankungen.

Die beiden Problemkreise um das Verhalten von uns allen gegenüber unserem Staat und um die Integration oder Desintegration unserer Jugend hängen teilweise zusammen. Bei der Unrast der Jugend kommen zusätzliche Faktoren dazu, so etwa das zunehmende Auseinanderklaffen der körperlichen Reife und der Übernahme von Verantwortung in Beruf und Politik und das auf dem Hintergrund des berausenden modernen Lebenstempos geringe Verständnis für die Langsamkeit des demokratischen Meinungsbildungsprozesses.

Allen aufgezählten Erscheinungen gemeinsam dürfte, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, die Angst vor der Zukunft und das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit sein. Die Zukunftsangst wird in letzter Zeit verschärft durch die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung.

Noch tiefer und ernster ist die Sorge, ob es auf die Dauer überhaupt möglich sein werde, die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen zu sichern. Umweltzerstörung, zur Neige gehende Rohstoffvorräte, Bevölkerungsexplosion sind Fragen, die gerade den Jugendlichen, die das Leben noch vor sich haben, besonders zu schaffen machen. Damit verbunden ist der Vorwurf an die ältere Generation, mit ihrer aus der Krisen- und Kriegszeit heraus zwar erklärbaren aber trotzdem zum Teil masslosen Konsumhaltung und Überbetonung des Materiellen die beschränkt vorhandenen Ressourcen zulasten der kommenden Generationen übermäßig beansprucht zu haben. Die radikale Ablehnung der Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft erfolgt mit der der Jugend eigenen Absolutheit und ist vor diesem Hintergrund zum mindesten verständlicher.

Tief trifft viele immer wieder das Gefühl der eigenen Ohnmacht, hervorgerufen auch durch eine noch immer nicht genügende Transparenz der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse und durch das teilweise Auseinanderklaffen von Macht und Verantwortung.

Was ist zu tun? Nochmals darf hier auf den bundesrätlichen Bericht zur Sicherheitspolitik hingewiesen werden: «Ob es sich dabei um eine tiefgreifende Gesellschaftskrise oder um vorübergehende Erscheinungen handelt, die Bemühungen müssen sich darauf richten, die Entfremdung vom Staat durch **kritisch-konstruktive Mitarbeit** zu überwinden und die Ursachen des Missbehagens möglichst zu beseitigen. Der Wille, die staatliche Gemeinschaft zu verteidigen, wird wesentlich davon abhängen, ob sich diese Gemeinschaft als lebendig erweist, das heisst auch **fähig zu Reform und Modernisierung**,

und ob eine gerechte Gesellschaftsordnung herrscht.» Mitentscheidend wird sein, ob solche Reformen rechtzeitig erfolgen.

Ziel aller politischen Anstrengungen müssen mehr denn je die Erhaltung oder Schaffung aller Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein im umfassenden Sinn des Wortes für jeden einzelnen Mitmenschen sein, die Achtung vor den grundlegenden Menschenrechten, die Aufrechterhaltung und der Ausbau unserer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung.

Diese Bemühungen allein können uns ein menschenwürdiges Dasein auf die Dauer gewährleisten. Zur wirkungsvolleren Realisierung dieser Werte sind auch neue Wege zu beschreiten. Ein Neuüberdenken im wirtschaftlich-sozialen Bereich wird unumgänglich sein. Solidarität muss vor extreme Gruppeninteressen treten und mit verantwortlicher Mitsprache und Mitverantwortung in den verschiedenen Lebensbereichen wird vermehrt ernst gemacht werden müssen. Demokratie will gelernt sein. Erziehung zur Mündigkeit und Selbstverantwortung ist die erste Voraussetzung dazu. Die Bewältigung der Zukunftsaufgaben wird enorme geistige, menschliche und seelische Kräfte erfordern. Sie können nur gelöst werden in einer gemeinsamen Anstrengung breitester Kreise und mit dem Willen zu unumgänglichen Opfern und zum Verzicht.

Sozialarbeit in Wohnquartieren

Aus der ungenügenden Verwurzelung der Menschen in ihren Wohnquartieren entstehen heute viele Probleme. Man haust zwar eng beisammen, aber man lebt isoliert. Man hat oder nimmt sich zu wenig Zeit für die Pflege nachbarschaftlicher Kontakte und wird nicht gewahr, welche Werte